

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 49 (1993)
Heft: 2

Artikel: 100 Jahre VAST - kleine Vereinsgeschichte
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-844955>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

100 Jahre VAST – kleine Vereinsgeschichte

Altehrwürdig nach 100 Jahren? Der Verein Aktiver Staatsbürgerinnen blickt auf eine bewegte Vergangenheit zurück. Schon in seinen verschiedenen Namen spiegelt sich die Entwicklung des Kampfes um die Frauenrechte: *Verein für Frauenbildungsreform* (1893) und *Frauenrechtsschutzverein* (1893) werden zur *Union für Frauenbestrebungen* (1896). Mit dem *Frauenstimmrechtsverein*, von seinen Mitgliedern liebevoll 'Stimmi' genannt, steht für Jahrzehnte das zentrale Anliegen fest, bis sich schliesslich die *Aktiven Staatsbürgerinnen* mit dem Stimmzettel in der Hand für die Gleichberechtigung wehren können ... 100 Jahre Frauen-, Zürcher- und Schweizergeschichte, rund fünf Generationen Frauen vereint im Kampf um die gerechte Sache.

Bis zum 1. Weltkrieg – Auf dem Weg zur Union für Frauenbestrebungen

Ausdruck der Aufbruchstimmung zu Ende des letzten Jahrhunderts waren gleich zwei Vereinsgründungen:

Am 10. November 1893 bildete sich in Zürich, angeregt durch die Schriftstellerin H. Bucello-Stürmer, der 'Schweizerische Verein für Frauenbildungsreform'. Gründungspräsidentin war Emma-Boos-Jegher, die sich als Gründungsmitglied des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins bereits einen Ruf über die Kantonsgrenzen hinaus erworben hatte.

Zwei Tage nach der Gründung des Frauenbildungsreform-Vereins rief die erste Schweizer Juristin, Emilie Kempin-Spyri, den Frauenrechtsschutzverein' ins Leben.

Die erste Eingabe an den Kantonsrat 1894 betraf die Anstellung einer Fabrikinspektorin, 1895 beteiligte sich der Verein an einer Eingabe zum Wirtschaftsgesetz. Drei Jahre später rettete Emma Boos-Jegher, Mitglied beider Organisationen, den Rechtsschutzverein vor dem endgültigen Verschwinden. Unter ihrer Leitung wurden die beiden Vereine am 24. September 1896 zusammengelegt, fortan nannte sich die Gruppe 'Union für Frauenbestrebungen'.

Während viele Frauen sich eine Veränderung der Situation der Frau vor allem von einer gründlicheren Ausbildung erhofften, glaubten die Unionsfrauen, und allen voran ihre Präsidentin, dass der rechtlichen Besserstellung Vorrang gebühre. Sie konnten beachtliche Erfolge verbuchen, etwa bei der Zulassung der Frauen zur Advokatur (1897/98). Voller Schwung und wohlinformiert schalteten sie sich in die Debatte zum neuen ZGB ein, unentwegt unterstützt von Emmas Ehemann Eduard Boos-Jegher, der über ausgezeichnete Beziehungen zum Gewerbe verfügte.

Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges schien die Sache der Gleichberechtigung Schritt um Schritt an Gelände zu gewinnen und die Kämpferin-

nen waren optimistisch, dass noch ihre Generation die Einführung des Stimmrechts erleben werde.

1. Weltkrieg und SAFFA

Die Unionsfrauen befassten sich nicht nur mit rechtlichen Fragen. Während den Kriegsjahren kümmerten sie sich um die Reorganisation der Sekundarschule und machten sich für die Einführung des staatsbürgerlichen Unterrichts an der Mittelschule stark. Gemeinsam mit anderen Organisationen versuchten sie seit 1912, das Lehrerinnenzölibatsgesetz zu Fall zu bringen.

Mit der Frauenzentrale und dem Stimmrechtsverein Winterthur reichte die Union 1919 eine Eingabe an den Kantonsrat ein, die das volle Stimmrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene forderte. Am 8. Februar 1920 wurde die Initiative Lang mit einer Mehrheit von 4/5.-Nein-Stimmen verworfen – eine bittere Enttäuschung!

Die Unionsfrauen liessen sich nicht beirren und führen fort, in Vorträgen und mit Eingaben ihre Anliegen in einer weiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Sie waren mit von der Partie am berühmten Umzug in Bern, anlässlich der ersten SAFFA 1928, wo die Riesenschnecke den Fortschritt in Sachen Frauenrechte bildlich wiedergab. Die Unionsfrauen beteiligten sich selbstverständlich an der Sammlung für die Petition für das Frauenstimmrecht, die 46 629 Unterschriften zusammenbrachte.

Wirtschaftskrise und 2. Weltkrieg

Seit 1935 nannte sich die 'Union' offiziell 'Frauenstimmrechtsverein Zürich', ein Name, den sie schon längere Zeit im Untertitel geführt hatte.

Wirtschaftskrise und zweiter Weltkrieg waren Epochen, in denen die Frauen zwar kräftig mitarbeiteten, doch wenig Gehör für ihre politischen Anliegen fanden. In den schweren Jahren 1933 – 42 leitete Dr. phil. Clara Stockmeier die Vereinsgeschicke. Sie war im weitesten Sinne für die geistige Landesverteidigung tätig, arbeitete sie doch als Linguistin beim 'Schweizer Wörterbuch' mit. In ihre Präsidialzeit fiel 1937 die Konferenz des Weltbundes für Frauenstimmrecht und Staatsbürgerliche Frauenarbeit in Zürich.

Mit bewunderungswürdiger Ausdauer verstanden es die Stimmrechtsfrauen immer wieder, an die Öffentlichkeit zu gelangen, etwa wenn sie am 24./25. November 1945, anlässlich der eidgenössischen Abstimmung für Familienschutz, zehntausend Flugblätter verteilten.

'Die Staatsbürgerin'

Schon zu Beginn des Jahrhunderts hatten die Unionsfrauen ein eigenes Organ, das monatlich erschien, stets mit materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und schliesslich 1919 ins 'Schweizer Frauenblatt' einging.

Gegen Ende des Krieges erhielten die Frauenstimmrechtsfrauen vom Bundesrat die Erlaubnis, ab 1945 'Die Staatsbürgerin' herauszubringen. Während über einem Jahrzehnt betreute Lina Lienhart die Publikation. Heute erscheint die Zeitschrift vierteljährlich.

Enttäuschung 1959 – Gestörtes Jubiläum 1968 – Durchbruch 1969

Obwohl der allseits beliebte Stadtpräsident Dr. Emil Landolt das Präsidium des befürwortenden Aktionskomitees übernommen hatte, lehnte der Stand Zürich am 1. Februar 1959 das Frauenstimmrecht mit einem Mehr von 63,8% Nein-Stimmen ab. Bis zur endgültigen Einführung des Stimmrechts blieb der 1. Februar der 'Frauenstimmrechtstag', an dem die Frauen mit einem Fackelzug auf ihr Anliegen aufmerksam machten. Am 20. November 1966 wurde das Stimmrecht in Zürich erneut abgelehnt und am 10. November 1968 feierte der Stimmrechtsverein seinen 75. Geburtstag. Die Feier machte Schlagzeilen, weil eine Vertreterin der jungen Generation, Andrée Valentin, sich des Mikrofons bemächtigte und eine Brandrede für die politischen Rechte hielt.

Organisiert von der Sektion Zürich (prominent angeführt von Dr. Emilie Lieberherr) und Basel fand am 1. März 1969 ein weiterer, denkwürdiger Marsch nach Bern statt. Die Frauen protestierten gegen die von Bundesrat und Bundesversammlung beabsichtigte Unterzeichnung der europäischen Menschenrechtskonvention trotz fehlendem Frauenstimmrecht. Mit der Einführung des Stimmrechts auf eidgenössischer Ebene 1971 hatte unser Verein sein vorläufiges Hauptziel erreicht.

Jahr der Frau 1975 und Gleichberechtigungsinitiative

Trotz – oder wegen? – des Einführung des Frauenstimmrechts blieb weiterhin viel zu tun. Höhepunkt des internationalen Jahres der Frau 1975 war der Frauenkongress in Bern, an dem die Gleichberechtigungsinitiative lanciert wurde. Lydia Benz-Burger, langjährige Redaktorin der 'Staatsbürgerin', präsidiert das Initiativkomitee, ein Drittel des 15köpfigen Ausschusses waren Mitglieder des VAST, eine Verpflichtung für uns alle, tatkräftig bei der Unterschriftensammlung mitzumachen.

Wir bleiben am Ball

1981 wurde die Initiative angenommen, es folgte der Einsatz beim Abstimmungskampf für das neue Ehegesetz. Der Verein sieht heute eine seiner Hauptaufgaben darin, in Vorträgen und bei Vernehmlassungen wichtige Themen der Gleichberechtigung aufzugreifen. Als erste Gruppierung versuchte der VAST, die Frauengeschichte 'Auf den Spuren unsere Ahninnen' mit historischen Stadtrundgängen einem breiteren Publikum näher zu bringen. Mit der Vergangenheit für die Zukunft, ein Programm für eine Hundertjährige!